

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf, Konfordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Erzfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Nur Arbeit kann uns retten!

Zum Handeln, nicht zum Gaffen
Hat Dich der Herr geschaffen,
Zum rüstigen Mannesfleiß.

Im frischen, frohen Ringen
Sollst Du die Not bezwingen
Und werben um den Preis.

Weg mit den matten Träumen,
Weg mit dem feigen Sinnen!
Wiß auf! Und dann — Voran!

Mit Mut und Würde tragen,
Das ist der ganze Mann.

H. Schupp.

Arbeiten oder wir gehen zu Grunde!

Dieser Ruf ist schon Anfang vorigen Jahres aus dem sozialdemokratischen Arbeitsministerium in die Lande gegangen. Und noch in den letzten Wochen und Monaten hat Staatsminister Kollege Stegerwald in mehreren Massenversammlungen in den größten deutschen Städten mit Bezug auf die Aufgaben, die sich aus der wenig beneidenswerten Lage ergeben, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet, unter anderem ausgeführt: „Unmittelbar ist erforderlich angestrebte und ungeführte Arbeit in den beiden Schlüsselindustrien: **Im Kohlenbergbau und im Verkehrsgewerbe.** Die Kohle ist der Ausgangspunkt, das Brot jeder Wirtschaft. Haben wir Kohle, so können wir Kali, chemische Produkte und Fertigwaren ausführen und unsere einheimische landwirtschaftliche Erzeugung durch Kaligewinnung und Stickstoffherzeugung in kurzer Zeit bedeutend heben. Funktioniert wieder der Verkehr, dann sind wir in kurzer Zeit über die schwierigsten innerwirtschaftlichen Verhältnisse hinweg. Daher müssen die beiden Schlüsselindustrien mit allem Nachdruck von allen Faktoren gepflegt werden.“

Vom Bergbau, beziehungsweise von der Kohle sind alle andern Industrien abhängig. Das zeigt sich vor allem augenblicklich mit aller Deutlichkeit gerade in unserer Textilindustrie. Sowohl im bergischen, als wie im Münsterland, in Sachsen und in Baden mußten eine große Anzahl Textilbetriebe infolge von Kohlenmangel stillgelegt werden. Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen sind gezwungen zu feiern. Für unsere deutsche Textilindustrie und ihre Arbeiterschaft ist das ein schwerer Schlag, umf. schwerer, als gerade unsere Textilindustrie während des Krieges und auch noch längere Zeit nach Einstellung der Feindseligkeiten unter dem Mangel an Rohstoffen ganz empfindlich zu leiden hatte. Auch für alle übrigen Industrien ist der Kohlenbergbau in dem Wortes wahrstem Sinne eine Schlüsselindustrie. Ohne Kohlen wäre in ganz kurzer Zeit unser gesamtes Wirtschaftsleben dem Ruin vollständig preisgegeben.

Wir sind ein armes Volk geworden. Unsere Armut beruht auf einem Mangel an Gütern. Dieser Mangel kann nicht behoben werden, wenn nicht die Kohlenherzeugung, die die notwendige Voraussetzung für die Tätigkeit aller übrigen Industrien bildet, in ganz erheblicher Weise gefördert wird. Davon hängt zur Zeit vieles, ja davon hängt alles ab. Das deutsche Wirtschaftsleben wird völlig zu Grunde gerichtet, wenn nicht im Bergbau von den maßgebenden Faktoren die Kohlenherzeugung auf das höchstmögliche Maß gesteigert wird. Darum ist die Verantwortung, die auf alle im Bergbau tätigen Arbeiter und Angestellten ruht, überaus groß. Darum kann aber auch vor allem mit Recht von unser gewerkschaftlich organisierten Kollegen im Bergbau volles Verständnis für die gegenseitigen Lebensbedingungen erwartet werden, auf die sich nur allein unser Wirtschaftsleben aufbauen kann. Wir hoffen insbesondere angesichts der

augenblicklichen wirtschaftlichen Not Deutschlands und der deutschen Arbeiterschaft, daß die Mitglieder der Bergarbeiterorganisationen ganz besonders in der Frage der Arbeitszeit im Bergbau den Einflüsterungen gewissenloser Elemente, die die Bergarbeiter zu immer weiter gehenden Forderungen aufheben, kein Gehör schenken. Das Bewußtsein der Volksgemeinschaft wird ganz gewiß in unsern gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiterkreisen noch nicht erloschen sein.

Es soll von uns gewiß nicht verkannt werden, daß die Arbeit des Bergmanns mit zu den schwersten und aufreibendsten Beschäftigungen gehört. Das Streben nach einer möglichst kurzen Arbeitszeit war in normalen Zeiten nicht nur verständlich, sondern voll und ganz berechtigt. Seit mehr wie einem Jahre haben wir in der deutschen Republik den gesetzlichen Achtstundentag. Darüber hinaus ist es aber den Bergarbeiterorganisationen gelungen, die siebenstündige und siebenstündige Schicht in großen Bergrevieren durchzusetzen. Auch im Tarifvertrag für den Ruhrkohlenbergbau ist neben der Festlegung der Schichtzeit unter Tage einschließl. Ein- und Ausfahrt auf sieben Stunden, vorgesehen, daß an besonders heißen Stellen die Schichtzeit nicht mehr als wie sechs Stunden betragen darf. Das sind ganz beachtenswerte Erfolge. In allen anderen Ländern, die Bergbau treiben, besteht zur Zeit, wie die „Bergarbeiterzeitung“ in einer interessanten Zusammenstellung zeigt, noch eine längere Arbeitszeit.

In Deutsch-Oesterreich beträgt sie laut Gesetz vom 28. Juli 1919 acht Stunden. Vor besonders heißen oder nassen Stellen kann eine kürzere Arbeitszeit angeordnet werden, aber auch eine Verlängerung um täglich zwei Stunden ist durch Vereinbarung zulässig. Ähnlich sind die Verhältnisse in Böhmen, Galizien und Mähren-Ostrie geregelt. Durch das Bergarbeitergesetz vom 24. Juli 1919 ist auch in Frankreich der Achtstundentag einschließl. Ein- und Ausfahrt durchgeführt. Die Tagesarbeiter sind bei 8 1/2—10 stündigen Arbeitszeit verblieben. In Belgien verfahren die Hauer und Kohlenstecher die achtstündige, die andern Untertagearbeiter die 8 1/2 stündige und die Tagesarbeiter noch längere Schichten. Das englische Kohlenberggesetz vom 15. August 1919 bestimmt, daß kein Arbeiter länger als sieben Stunden sich unter Tage aufhalten darf, einschließl. des Aufstehens und Verlassens des Arbeitsplatzes. Feuervächter, Wettermänner, Oberhauer, Wärter bei der Wasserhaltung, beim Ventilator und bei Wetteröfen dürfen nicht länger als acht Stunden unter Tage bleiben. Durch übereinstimmenden Beschluß beider Parlamente kann vom Jahre 1921 ab eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt werden. Trotzdem verfahren die Tagesarbeiter noch heute 8 1/2—10 stündige Schichten. Außerdem aber existiert der Siebenstundentag auch für die direkt bei der Kohlenherzeugung beschäftigten Arbeiter nur auf dem Papier. Denn wenn infolge eines Krieges, drohender Landesgefahr sowie bei Eintritt einer schweren Störung des Wirtschaftslebens die Nachfrage nach Kohlen das vorhandene Angebot übersteigt, dann kann der König das Gesetz außer Kraft setzen und zeitweilig längere Schichtzeiten anordnen.

Im neuen Polenreich beträgt die Untertageschicht 8—8 1/2 Stunden, in Rußland ebenfalls acht Stunden, wobei allerdings hinzugefügt werden muß, daß im Moskauer Revier und in Südrußland die Bergleute 7 1/2 Stunden ohne Ein- und Ausfahrt arbeiten müssen. In Spanien und Italien kämpfen die Bergleute noch um die 7 bis 8 stündige Schicht; in Holland ist die 7 1/2 stündige Schicht für Hauer und Schlepper bereits eingeführt.

Deutschland hat tatsächlich die kürzeste Arbeitszeit im Bergbau und darum bleibt es uns, bei aller Sympathie für das Streben und die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter, unverständlich, wie gegenwärtig noch teilweise unter der organisierten Bergarbeiterchaft Streben nach allgemeiner Einführung der Sechsstundenschicht hervortreten können.

So verlangt eine große Zahl von Zweigstellen des Alten Bergarbeiterverbandes in Anträgen an den Hauptverband die Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau für den 1. Februar 1920. Bei Ablehnung dieser Forderung müsse der Kampf aufgenommen werden. Der Vorstand des Alten Bergarbeiterverbandes hat darum auf den 24. Januar eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes mit

der Tagesordnung einberufen: Die Regelung der Schichtzeit im Ruhrkohlengebiet.

In dieser für das ganze Volks- und Wirtschaftsleben tatsächlich brennend gewordenen Frage sollten doch in erster Linie die organisierten Kollegen im Bergbau nicht den Gefühlen, sondern dem Verstande allein das Wort lassen. Bei ruhiger Ueberlegung müssen sie doch zu der Einsicht kommen, daß die Frage der Arbeitszeit im Bergbau zweckmäßig und aus Gründen der deutschen Volkswirtschaft nur international geregelt werden kann. Die allgemeine Einführung der Sechsstundenschicht im deutschen Bergbau ist aber auch mit Rücksicht auf die derzeitige erschreckende wirtschaftliche Not Deutschlands gegenwärtig undurchführbar. Keine Arbeiterführer und keine Organisationen könnten nach unserm Dafürhalten die Verantwortung tragen, für die sich daraus ergebenden Folgen, denn wie die Dinge zur Zeit bei uns liegen, würde die allgemeine Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau der deutschen Volkswirtschaft das Grab bereiten.

Ein freies Manneswort zum Eisenbahnerstreik.

Das Organ des Verbandes der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, bringt in Nr. 3 vom 17. Januar einen Artikel zum Eisenbahnerstreik, den wir in seinen wesentlichen Ausführungen nachstehend veröffentlichen. Er legt die Situation, die Entwicklung der Dinge und deren Tragweite wie folgt dar:

„So stehen wir denn, schon genug geheimgt durch mangelnde Lebensmittelzufuhr und grauenhafte Kohlennot, mitten in einem Eisenbahnerstreik. Ueber den Kopf der zuständigen Verbandsleitung hinweg sind Massen von Eisenbahnarbeitern (Werksstätten- und Motorenarbeiter usw.) in eine wilde Streikbewegung eingetreten. Die Eisenbahnbeamten und Hilfsbeamten verhalten sich auf Anweisung ihrer Ausschüsse neutral. Sie bleiben im Dienst, übernehmen aber keine Vorrichtungsarbeiten, die den Arbeitern vorbehalten sind, womit faktisch der Eisenbahnverkehr in die Hände der Streikenden gegeben ist. Der Verkehr in vielen Bezirken ist bereits unterbrochen, die Verdünnung der Bahnhöfe und Strecken hat zur Stunde, da wir das schreiben, begonnen. Führer, von denen man bisher nichts gehört hat, spielen Streikleitung, gehen in den Diensträumen der Stationsbeamten aus und ein, verfragen dies und das und schließen Bahnhöfe. Und übermüdete Reisende stehen verzweifelt vor geschlossenen Schaltern.“

Die Vorgeschichte dieser Bewegung ist uns in allen Einzelheiten nicht bekannt. Sie datiert weit zurück. Vor Monaten bereits sollen die Forderungen der Arbeiter nach Ausarbeitung eines in den Lohnsätzen wesentlich erhöhten Tarifvertrages bei den Behörden eingegangen sein. Eine Tarifkommission war an Verhandeln, aber, nach Ansicht der Eisenbahnarbeiter, mit mäßigem Erfolg. Wir hören von Forderungen, die für Tagelöhner erhoben werden und 3,30, 4,50 bis 6 M. pro Stunde betragen sollen. Geben wir ruhig zu, daß, allgemein gesprochen, das Bestreben der Eisenbahnarbeiter, ihre bisherigen Lohnsätze zu erhöhen, an sich gerechtfertigt und durchaus zu billigen ist. Bleibt nur die Frage, durch welches Mittel soll das Ziel erreicht werden. Gab es keine andere Möglichkeit, als die Anwendung des Streiks, um vernünftige, durch die Feuerung gerechtfertigte Forderungen durchzusetzen? Durfte in diesem Augenblick ruhmloser Kohlennot eine derartige Kraftprobe von den Eisenbahnern unternommen werden? Wir verneinen die Frage rundweg und halten diesen Streik für ein durch nichts zu rechtfertigendes Vergehen an der Volksgemeinschaft.

Es ist etwas Grundverschiedenes, ob Arbeiter in einer igbelleibigen Privatindustrie ihre Arbeitskraft verjagen — obgleich auch das in unseren verzweifeltsten Wirtschaftsverhältnissen schwersten Schaden bringt — oder ob es in Betrieben geschieht, die für die Erhaltung von Wirtschaft und Volksleben unentbehrlich, lebensnotwendig sind. Das aber ist beim Eisenbahnbetrieb der Fall. Und darum erscheint uns diese Streikbewegung verwerflich, auch wenn die Streikleitung Milch-, Lebensmittel- und Viehzüchte vorläufig sparen lassen will und die Beförderung von Kohlen für öffentliche Betriebe (Privatbetriebe werden überhaupt nicht in Betracht gezogen!) wohlwollend erwägt. Man hätte die weiteren Verhandlungen der Tarifkommission in Berlin abwarten sollen. Die Eisenbahnbeamten warten auch. Bahnhofs- und Oberbahnhofsverfeher

Haben auch bald kein Hemd mehr am Leibe, müssen ihre Diensttröcke um ein Sündergeld kaufen, müssen sehen, wie untergeordnete Sparten von Hilfsüberhaupt, Leute, die nicht so alt sind, als diese Beamte überhaupt Dienstjahre zählen, sie an Gehaltseinkommen übertreffen. Und sie warten in Geduld, diese Beamten, und streifen nicht, weil sie noch Pflicht und Verantwortlichkeitsgefühl haben.

Die Taktik und Methode, die in dieser wilden Streifbewegung angewandt werden, erinnern da und dort in den einzelnen Vorgängen ganz an die Takte der Soldaten- und Arbeiterratswirtschaft im November 1918. Der Artikel schildert diese in ihrer Taktik des Leerfahrens der Hüge im bestetzten Gebiet und der rohen Gewalt, mit der man Zivilisten — Truppen mußten transportiert werden — vom Verkehr ausschloß und blutig schlug, selbst Arbeiter, welche die leerfahrenden Hüge benutzen wollten. Er schließt dann:

„Das wohlverstandene Arbeiterinteresse verlangt es, daß wir, und mit uns alle christlichen, wir möchten sagen, alle anständigen Arbeiter, abrücken von den Gewaltmethoden eines verirrten Machtbünkels radikaler Elemente, die kein Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Volksgemeinschaft und ihrer entsetzlichen Lage kennen, die nur an sich denken und ihren eigenen Vorteil. Und wenn diese Leute etwas zu ihrer Rechtfertigung auf die Schiebereinnung und Schiebertaten anderer Kreise hindeuten, so sagen wir, die Arbeiterschaft muß sich reinhalten von der Sünde, die sie an andern verurteilt. Verfällt sie selbst in diesen Fehler, oder verharren Teile von ihr darin, dann wird die Zeit gesteigerter Macht der Arbeiterschaft im Volksleben zugleich der Anbeginn ihres Niederganges sein. Von Rechts wegen, weil sie sich nicht zeit gezeigt hat in der geschichtlich entscheidenden Stunde.“

Es steht uns als christliche Arbeiterbewegung zumal an, ja es ist unsere heilige Pflicht, furchtlos und rücksichtslos diesen Standpunkt, den wir hier feierlich dokumentieren, überall zu vertreten und danach zu handeln.“

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ wird mit ihrer offenen und furchtlosen Kritik an dem nunmehr beendeten Eisenbahnerstreik die Zustimmung aller einsichtigen und gewissenhaften Volkstreue finden. Die ungeschminkte Wahrheit in dieser für das deutsche Volk lebenswichtigen Frage muß noch öffentlich ausgesprochen werden dürfen, auch wenn es den dabei Beteiligten unangenehm in den Ohren klingen mag. Die Berechtigung der Eisenbahner, eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, muß an sich durchaus anerkannt werden. Der eingeschlagene Weg des Streiks aber, in einer Zeit der größten wirtschaftlichen Not Deutschlands, verdient scharfe Mißbilligung. Gegen alle gewerkschaftlichen Regeln und Grundzüge verstößt es, wenn mitten in den Tarifverhandlungen — wie es die streikenden Eisenbahner gemacht haben — die Arbeit niedergelegt wird. Das Wohl der Allgemeinheit ist von den Streikenden in der schärfsten, ja in der feindslichsten Weise aufs Spiel gesetzt worden. Das Eisenbahnwesen ist eine Angelegenheit der Allgemeinheit und es geht nicht an, daß eine Arbeitergruppe sich dieses Werkzeuges zur selbstschädlichen und eigenmächtigen Erkämpfung wirtschaftlicher Vorteile bedient. Ein solcher Mißbrauch einer öffentlichen Einrichtung des Staates muß sich bitter rächen. Er muß sich in erster Linie an der Arbeiterschaft bitter rächen.

Das Wohl der Allgemeinheit muß unter allen Umständen über den Egoismus von Einzelgruppen in der Arbeiterschaft gestellt werden. Die Gesamtheit hatte unter dem Eisenbahnerstreik empfindlich zu leiden. Ganz abgesehen von dem barbarischen Mittel der Absperrung der Lebensmitteltransporte, dieser inneren Blockade, war besonders die Unterbindung der Kohlenversorgung für die Arbeiter und die kleinen Leute von den verheerendsten Wirkungen. Die Gefahr der Stilllegung der gesamten rheinisch-westfälischen Industrie war durch den Eisenbahnerstreik in unmittelbarer bedrohliche Nähe gerückt.

Von den Vorständen der Eisenbahnerverbände ist der Streik offiziell nicht proklamiert worden. Es hat sich also um einen wilden Streik gehandelt. Erst nach mehrtägiger Dauer nahmen die Verbände die Streikleitung in die Hand. Das Ueberhandnehmen der radikalen Elemente war während des Streiks unverkennbar, insbesondere war die merkwürdige Haltung der Unabhängigen und Kommunisten beachtenswert. Es mag richtig sein, daß dieser Streik unpolitisch sein sollte, ebenso richtig aber ist, daß der „unpolitische“ Streik als Mittel zur allgemeinen wirtschaftlichen Herrichtung dienen sollte, aus der heraus sich ganz von selbst die von radikaler Seite erstrebte politische Umwälzung entwickeln hätte. Die politischen Motive des Streiks waren außerordentlich geschickt maskiert, und die Eisenbahner haben kaum wahrgenommen, wie sie den radikalen Elementen Vorparadenen leisten.

Aus parteiagitatorenischen Gründen können Letztere nicht von der irrigen Phrase lassen, in Deutschland müsse erst alles drunter und drüber gehen, bis glücklichere Zustände geschaffen werden könnten. Gewiss, menschlich verständlich ist es, daß der Einzelne glaubt, es gehe ihm am liebsten, oder sein Stand sei der am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Bei ruhigen Nachdenken wird aber der einfache Mensch sich der Wahrheit nicht verschließen können, daß nicht nur der Einzelne, nicht nur ein Stand oder eine einzelne Arbeitergruppe, sondern das ganze Volk unter dem herankriechenden Elend zu leiden hat. Es gibt nur ein einziges Mittel zur Abhilfe und das ist der

Arbeitswille bei allen Ständen.

Allgemeine Rundschau.

Erschütternde Zahlen aus Handel und Industrie Deutschlands.

In der letzten Vollversammlung der Niederrheinischen Handelskammer Duisburg-Weasel gab der Vorsitzende Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Reuich, Oberhausen, einen bedeutamen Überblick über Handel und Industrie in der Zukunft. Dazu führte er aus: Es war nicht möglich, bezüglich der Steinkohlen die Zahlen vom ganzen Deutschen Reich zu bekommen; sie gelten nur vom Ruhrkohlengebiet. Im Jahre 1913 wurden 114 536 000 Tonnen Steinkohlen gefördert, im Jahre 1919 nur 71 000 000 Tonnen, das sind 62 v. H. der Friedensförderung. Die Roheisenerzeugung betrug 1913 19 309 000 Tonnen, im Jahre 1919 5 729 000 Tonnen, ist also auf 29,7 v. H. unserer früheren Erzeugung gefallen. Die Rohstahlerzeugung betrug 18 935 000 Tonnen im Jahre 1913; sie ist im Jahre 1919 auf 7 064 000 Tonnen zurückgegangen. Das bedeutet 37,3 v. H. gegenüber der Leistung unserer Stahlwerke vor dem Kriege. Das sind geradezu erschütternde Zahlen, die deutlich veranschaulichen, wie weit wir durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und die innerpolitischen Wirren zurückgeworfen sind. Das

Auf jeden Fall, wer redlich wirkt, muß einen festen Glauben haben. Wer bei jedem Schritt nach der Welt Zustimmung fragt, mer der Welt Beifall nicht entbehren kann und demselben die eigene Ueberzeugung unterordnet, ist ein elender Augendiener; was für Arbeit ihm auch anvertraut sein mag, sie wird mißraten. Carlglé.

in der Sozialisierung nicht einzig und allein das Heil liegt, ist den großen Massen wohl allgemein bekannt geworden. Eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage kann nur durch Normalisierung, Typisierung und Vereinfachung herbeigeführt werden. So trüb das Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse des vergangenen Jahres ist, wir dürfen und wollen den Glauben an das deutsche Volk nicht verlieren.

Gegen die Sechsstundenschicht im Bergbau.

Der Beirat der Kohlenwirtschaftsstelle Hannover, der sich aus Vertretern der Regierungen von Hannover, Hildesheim, Lüneburg und aus dem Staate Braunschweig, den Handelskammern, Fabrikantenvereinen, aus Kohlenhandelsgeellschaften, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern aller Kreise zusammensetzt, hat in einer Sitzung folgende Entschliessung angenommen, die dem alten Bergarbeiterverband in Bochum und den bergbaulichen Vereinen telegraphisch übermittelt wurde: „Der Beirat der Kohlenwirtschaftsstelle Hannover hat beschloffen, gegen die weiter geplante Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau auf nur sechs Stunden mit aller Schärfe Einspruch zu erheben. Die beschlossene Maßnahme würde den völligen Zusammenbruch unseres gesamten heimischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen. Wir bitten daher, daß diese neue Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens abgewendet wird, um so mehr, als sie in einem Zeitpunkt erfolgen würde, wo nur durch erhöhte Arbeitsleistung in der Kohlenförderung eine Genundung des deutschen Wirtschaftslebens herbeigeführt werden kann.“

Ein erdrunder Warnungsruf an die Eisenbahner.

Der Verbandsrat der sozialdemokratischen Eisenbahner Groß-Berlins veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Aufruf an alle Eisenbahner, worin es heißt: „Die gewissenlose Hege zum Streik, die unter der Maske der Wirtschaftspolitik getrieben wird, ist weiter nichts als eine politische Maßnahme, die überall der Einführung des Räteystems nach kommunistischem Muster bei der Eisenbahn die Wege ebnet. Ein Verbandsstreik im jetzigen Augenblicke wäre ein unverantwortliches Verbrechen am Volke. Eisenbahner, bewahrt kaltes Blut und zeigt, daß ihr euch der Tatsache bewußt seid, daß ihr am Wiederaufbau des niedergerateten Wirtschaftslebens den wichtigsten Anteil nehmen sollt! Laßt die gewissenlosen Hege nicht triumphieren, um so weniger, als die Vorhänge auf die noch in der Beratung befindlichen Tarife jetzt schon gezahlt werden.“

Achtstundentag und Pflichttrenne.

Das Mitglied der Nationalversammlung, Rektor Szegedoni (Magyarország), stellt in einer längeren Zuschrift an die „Germania“ auf Grund eigener Erfahrungen die Forderung auf, daß am ersten Weihnachtstages der vorzulegende Tag der Kleinbahn Ratowitj-Mysslowitj nach einundzwanzig Jahren abends um 10 Uhr schon in Soppinitz vom Fahrpersonal stillgelegt werde. Es hieß dort einfach: „Alles aussteigen, wir fahren nicht weiter, unsere Arbeitszeit ist um!“ Es war klar, die achtstündige Arbeitszeit war um, die Beamten bestanden auf ihrem Schatz, und 15 Personen, darunter Frauen und Kinder, wurden rücksichtslos und unbekümmert um mögliche Folgen in der Nacht in einem fremden Orte auf die Straße gesetzt. Mit Recht ruft der Abgeordnete aus:

„Was soll aus dem Lande, was soll aus dem Volke, was aus den Beamten werden, wenn bei all dem Jammer und bei all der Not überall solche Begriffe von Recht und Pflicht zur Herrschaft gelangen?“ — Er hätte auch fragen können, was die Revolution in einem Jahre aus dem musterhaft pflichttreuen deutschen Bahnpersonal zu machen gewußt hat.

Eine neue Februar-Revolution?

Aus verschiedenen Teilen des Reiches kommen Meldungen, so berichtet die sozialdemokratische Rheinische Zeitung, die auf kommunistische Putzversuche in den ersten Februartagen schließen lassen. In den Kreisen der Kommunisten und Unabhängigen wird auch unbehohlen ausgesprochen, daß für die nächste Zeit Versuche zur Aenderung des politischen Systems unternommen werden. Die gegenwärtige Gärung unter den Eisenbahnern und Beamten soll nach Möglichkeit dazu benutzt werden, um das Verkehrswesen vollständig zu erschüttern. Die allgemeine herrschende Erregung über die sprunghafte Steigerung der Lebensmittelpreise und die Lebensmittelnot soll in der gleichen Weise ausgenützt werden.

Die größte Hoffnung setzen die Organisatoren des politischen Rätegebantens auf die Bergarbeiterbewegung. Im Ruhrrevier wurde zu diesem Zwecke die Forderung auf Bewilligung einer Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 1000 Mark für jeden verheirateten Bergmann und von 200 Mark für jedes Kind in die Masse geworfen. Man rechnet damit, daß diese Forderung zum Generalstreik führen wird. In Verbindung damit steht die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht, die man trotz der furchtbaren Kohlennot unbedingt durchsetzen will, eventuell über die Köpfe der Organisationen hinweg. Die Syndikalistin geben im Ruhrrevier bereits allgemeine die Parole aus, vom 1. Februar ab nur noch sechs Stunden unter Tage zu arbeiten. Die Belegschaften werden aufgefordert, nach Ablauf von sechs Arbeitsstunden die Auffahrt zu erzwingen. Das würde einen Kohlenausfall von 20 Prozent der Förderung bedeuten, wodurch das Wirtschaftsleben Deutschlands einschließlich des Verkehrs allmählich lahmgelegt würde.

Die Pläne der Kommunisten laufen offensichtlich darauf hinaus, durch die Zertrümmerung des Wirtschaftslebens eine heillose Verwirrung herbeizuführen und dadurch das Gefüge der deutschen Republik in ihren Fundamenten zu erschüttern. Die beabsichtigte Wirkung des Planes ist deutlich erkennbar. Der Zertrümmerung des Wirtschaftslebens würde eine riesige Arbeitslosigkeit folgen, die in ihrer Zusammenwirkung mit dem durch die Verkehrsschwierigkeiten herbeigeführten Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung eine Verzweiflungstimmung der Arbeitermassen herbeiführen würde, die dann für politische Aktionen der gewagtesten Art auszunützen wäre.

Spartakistisch-syndikalistische Treibereien

spielen bei dem im Hamborner Revier ausgebrochenen Bergarbeiterstreik eine Rolle. Das geht schon hervor aus den aufgestellten politischen Forderungen, Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung der politischen Gefangenen. Die Ausständigen verlangen außerdem Lohnerhöhungen, Gewähr einer Verfassungsbekämpfung von 1000 Mark für jeden Bergmann und Einführung der Sechsstundenschicht. Die Bergleute sind in den Ausstand getreten zu einem Zeitpunkt, wo zwischen den Bergarbeiterverbänden bereits Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag geführt wurden, in denen der Bechenverband bereits sehr erhebliche Lohnerhöhungen zugestanden hatte. Die Frage der Sechsstundenschicht sollte nach der übereinstimmenden Ansicht der vier Bergarbeiterverbände nur durch internationale Vereinbarungen geregelt werden. Ueberradikale Elemente suchen auch im Hamborner Revier die Bergarbeiter im ungünstigen Sinne zu beeinflussen. Was gerade in dieser Zeit, mitten im Winter, ein Aufhören der Kohlenproduktion bedeuten würde, braucht nicht im einzelnen geschildert zu werden. Wenn das so weiter geht, werden wir in ein Elend hineingeraten, demgegenüber der heutige Zustand als paradiesisch bezeichnet werden muß.

Abfassung der Betriebsräte in Rußland.

Das offizielle wirtschaftliche Organ der Sowjetrepublik „Ekonomitscheskaja Schiany“, Moskau, schreibt: Schljapnikow, der Arbeitskommissar der Sowjetrepublik, veröffentlicht einige Angaben über die Lage der russischen Industrie: In und um Moskau, dem Zentrum der russischen Textilindustrie, mußten im September 18 Fabriken geschlossen werden, nachdem zum 1. April 19 Textildetriebe ihre Arbeit bereits eingestellt hatten. An Rohbaumwolle waren zum Herbst nur noch etwas über 100 000 Pfund vorhanden, jedoch das Eingehen der letzten Spinnereien nur noch eine Frage der Zeit ist. Die Fabrikation von groben Tuchstoffen sank im Verlauf der ersten acht Monate 1919 um 85 v. H. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres, nachdem sie 1918 um 50 v. H. abgenommen hatte. In einer ähnlichen Lage befand sich die Papierfabrikation, die um 60 v. H. gegen das Vorjahr zurückging. Dementsprechend hat die Zahl der Arbeiter abgenommen, die eigentlich nur noch in den Waffen- und Patronenfabriken regelmäßig beschäftigt werden. In den großen Lokomotivfabriken, wie Polonna und Putlow, konnten im Laufe der ersten acht Monate 1919 nur 32 neue Lokomotiven hergestellt werden gegen 192 im Vorjahr und gegen 500 in Friedenszeiten. In Petersburg ging die Zahl der noch beschäftigten Arbeiter

auf rund 100000 zurück. Durch die mehr als mangelhafte Ernährung ist die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter derart stark gesunken, daß ganz energische Maßregeln zu ihrer Hebung getroffen werden müssen. Die Hauptursache der geradezu katastrophalen Lage, in der sich die russische Industrie befindet, liegt in dem Fehlen jeder Disziplin und Ordnung in den Fabriken. Die Betriebsräte und Fabrikkomitees, die dazu berufen waren, Ordnung in den Fabriken zu schaffen, haben nur geschadet und den letzten Rest von Disziplin zum Schwinden gebracht sowie eine vollständige Verschleuderung des Fabrikinventars nach sich gezogen. Alle diese Umstände haben uns gezwungen, die Betriebsräte aufzuheben und „Diktatoren“ mit uneingeschränkter Gewalt über Leben und Tod der Arbeiter an die Spitze der wichtigsten Betriebe zu stellen.

Aus unserer Industrie.

Ueber Ersatz an Textilrohstoffen

Schreibt der frühere Reichschahminister Gothein in der Berliner National-Zeitung:

Bei weitem die wichtigste Ersatzfrage für das deutsche Volk ist aber die der Spinnstoffe. Wir haben im Frieden für über 200 Millionen Mark Wolle, für 570 Millionen Mark Baumwolle, für 55 Millionen Mark Flachsbau, für 38 Millionen Mark Hanf, für 90 Millionen Mark Jute, für 176 Millionen Mark Roh- und Florettside mehr aus- wie eingeführt. Was uns heute eine solche Einfuhr kosten würde, mag man daraus ermessen, daß wir für dieselbe Menge Baumwolle, die uns vor dem Kriege 570 Millionen Mark kostete, heute rund 17000 Millionen Papiermark zahlen müßten! Insgesamt würde uns unserer früherer Bedarf an Textilrohstoffen heute 30-35 Milliarden Mark kosten. Auch wenn wir den größeren Teil davon durch die Ausfuhr von Geweben und Wirkwaren abdecken könnten, so müssen wir doch in jeder Weise bemüht sein, von dieser Einfuhr zu sparen, nicht nur, indem wir unsere Wäsche und Kleider länger tragen und schonen, sondern auch, indem wir uns mit Textil-„Ersatz“ behelfen. Freilich, der Textil-Ersatz, der uns während des Krieges geliefert wurde, sah zwar neu ganz gut aus; aber entweder verstrug er die Wäsche nicht, oder er verlor nach kurzer Zeit sein Ansehen, war wenig haltbar usw. Diese üblen Erfahrungen dürfen aber nicht abhalten, unermüßlich fortzufahren in den Versuchen, brauchbaren Ersatz zu schaffen. Jeder Techniker weiß, daß jedes neue Verfahren unter Kinderkrankheiten leidet. Daß es lange Jahre dauert, ehe es einwandfrei und rentabel arbeitet und eine gute Ware liefert. So furchtbar lang der Krieg auch gedauert hat, für die rationelle Entwicklung des Textilerzeugnisses war die Zeit zu kurz.

Nun können wir in unserem Klima weder Baumwolle, noch Jute anbauen und auch für eine unseren Wollbedarf deckende Schafzucht langt die landwirtschaftliche Fläche nicht. Der Flachsbau ist an besonders qualifizierten Böden gebunden, ehe es einwandfrei läßt sich in großem Umfang bei uns einführen und er gibt Sekundärerträge an Spinnfasern, die die des Baumwollbaues weit übertreffen. Freilich darf man zu seinen Gunsten nicht den Getreide-, Hackfrucht- und Wiesensbau einschränken, ohne unsere Ernährung aufs ernsteste zu gefährden. Aber wir besitzen noch eine ungeheure Fläche von Hoch- und Tiefmooren, die sich verhältnismäßig leicht meliorieren lassen; wobei man gleichzeitig große Mengen Brennstoff gewinnen kann, was in dieser Zeit des Kohlenmangels doppelt wertvoll ist.

Nun ist es neuerdings gelungen, die früher recht berbe und für feinere Garne und Gewebe nicht brauchbare Hanffaser durch chemische und mechanische Bearbeitung so feinfaserig zu machen, daß sie einen fast vollwertigen Ersatz für Flachsbau und Baumwolle, und da man es auch fertig gebracht hat, sie weich und wollartig geträufelt zu gestalten, auch einen solchen für Wolle bietet.

Aber auch aus Holz kann man nach einem neueren Verfahren, das jetzt die Kinderkrankheiten überwunden hat, eine hochwertige weiche und feine Spinnfaser erzeugen. Das Verfahren wird von einer unserer größten Pulverfabriken, die zum Zweck der Umstellung darauf ihr Aktienkapital verdoppelt hat, in großem Maßstab ausgeführt. Sie stellt die Spinnfaser, die auch einen guten Sollerjas liefert, aus gebleichter Zellulose her.

Ein weiteres noch neueres Verfahren verwendet ungeblichete Zellulose, stellt sich daher für Stoffe, die naturfarben (lichtbraun) oder dunkelgefärbt verwendet werden, wesentlich billiger. In großem ist es noch nicht in die Praxis umgesetzt.

Freilich, beide Verfahren brauchen Holz und das ist auch stark im Preise gestiegen, aber doch nicht entfernt so, wie die Spinnstoffe.

Aus unserer Bewegung.

Konferenz für das Lokalsekretariat Ahaus-Coesfeld.

Am 29. Dezember fand im Arbeiterverein zu Coesfeld die erste Konferenz für das Sekretariat Ahaus-Coesfeld statt. Aus folgenden Ortsgruppen waren Vorstandsmitglieder vertreten: Ahaus, Coesfeld, Geisler, Stadtlohn, Süßlohn, Breden und Belen. Nicht vertreten waren infolge ungünstiger Bahnverbindung die Ortsgruppen Dülmen, Südinghausen, Heres-Dorsten und Kotteln. Als Sekretariatsbeirat wurden gewählt für Ahaus Rudolphie Carl; Coesfeld Ebrodt Elisabeth; Geisler Obenhorst Herm.; Stadtlohn Beerlage Bernh.; Süßlohn Sütfels Hubert; Breden Beverborg Berh.; Belen Kölling Joh. Kollege Dieker gab einen Ueber-

blick über den Stand im Sekretariatsbezirk und über seine bisherige Tätigkeit, sowie über unsere Aufgaben in der nächsten Zeit. In der Aussprache wurden die Verhältnisse in den einzelnen Ortsgruppen besprochen. Aus diesen Aussprachen war zu entnehmen, daß wir mit der Entwicklung im Bezirk zufrieden sein können. Die Hauptaufgabe sei nun, für die Durchführung des neuen Tarifes zu sorgen, und auch an der Aufklärung der Mitglieder zu arbeiten. Zu diesem Zwecke werden in den einzelnen Ortsgruppen Unterrichtsabende abgehalten, die gut besucht werden. Durch planmäßige und einträgliche Arbeit wird und muß es gelingen, unserer Gewerkschaftsbewegung immer mehr Freunde und Anhänger zuzuführen.

Gewaltige Erhöhung der Materialkosten zur Herstellung der Zeitung.

Wie erheblich die Materialkosten zur Herstellung einer Zeitung gestiegen sind, darüber berichtet die Essener sozialdemokratische Arbeiter-Ztg. vom 30. Dezember. Um die Abonnementserhöhung zu begründen, schreibt die Arbeiter-Ztg.:

Das ist alles nicht neu und schmeckt auch nicht süß. Allein da dieselben sozialen Irrtümer bei jeder Revolution wiederkehren, so muß man auch immer dieselbe alte Wahrheit dagegen predigen. Volksschmeichler in Zeiten der Volksherrschaft aber sind ebenso verächtlich als Fürstenschmeichler in Tagen der Fürstengewalt. Und vielleicht gehört allezeit mehr Mut dazu, dem Volke die Wahrheit zu sagen als den Fürsten.

W. S. v. Riehl.

Zur Erläuterung der Notwendigkeit dieser Preiserhöhung geben wir nachstehend eine Gegenüberstellung der Kosten der zur Herstellung der Zeitung hauptsächlich benötigten Materialien. Es kosteten:

	Im Jahre 1914:	Im Jahre 1919:	
Druckpapier 100 Kg.	21,-	270,-	= 852% Aufschl.
Druckfarbe 100 Kg.	38,-	280,-	= 637% "
Metall 100 Kg.	42,-	900,-	= 2043% "
Maschinöl 1 Kg.	0,45	7,25	= 1533% "
Druckfächer 1 Stk.	1,18	10,-	= 747% "
Rußöl 10 L.	225,-	1860,-	= 726% "
Braunkohle 10 L.	127,50	1700,-	= 1233% "

Diese Tabelle redet ein zu deutliche Sprache, als daß man achlos daran vorübergehen könnte. Hinzu kommen noch Steigerungen der Löhne, da man auch dem gesamten Personal das zum Leben Notwendige geben mußte.

Die Herstellungskosten der „Textilarbeiter-Ztg.“ sind ebenfalls erheblich gestiegen, weil die Erhöhung der Druckkosten nicht nur für die Tagespresse, sondern auch für unser Verbandsorgan eingetreten ist.

Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung.

Groß-Schönau in Böhmen. Erfreuliche gewerkschaftliche Fortschritte. Nach langen Bemühungen konnte auch hier unsere Organisation tiefere Wurzeln schlagen. In einigen Versammlungen legte unser Bezirksleiter Kollege Kraber den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenchlusses klar. Nun stehen wir soweit, daß für unsere Handwarenindustrie ein Tarifvertrag zum Abschluß kommen soll, um endlich einmal die unzulänglichen Löhne zu heben und zeitgemäße Ordnung in unser Arbeitsverhältnis zu bringen.

Mögen nun die neuen Kollegen und Kolleginnen ihre Menschenfurcht abstreifen und eifrig agitieren, daß alle christlich gesinnten Berufscollegen und Kolleginnen unserem Verbandsbeitreten, da derselbe sich allein sehr bemüht hat, unsere Lage zu verbessern. Nur wenn alle einig zusammenstehen, wird uns geholfen werden.

Güntersdorf bei Königshof in Böhmen. Schandtaten unserer Genossen wurden bei dem Abschluß unseres Lohnvertrages verübt, wie sie erfreulicherweise nicht allüberall und alle Tage vorkommen. Als die Verhandlungen bald einem guten Ende zuneigten, kamen eine Anzahl Genossen und Genossinnen in das Verhandlungstotal und drängten unsere Vertrauensleute unter Schmähsen und Bedrohungen hinaus. Unserm Verbandsvertreter Kollegen Renner wurde tätlich zu Leibe gerückt. Nun mögen sich die „freien Genossen“ gefallen lassen, wenn sie die Staatsanwaltschaft hinter Schloß und Riegel lehrt, daß in einer freien Republik nicht alle Menschen zu einer sozialdemokratischen Organisation gezwungen werden dürfen, sondern noch ein freier Wille zu Recht besteht.

Unsere Mitglieder aber mögen uns so feher an unserer Organisation halten, die ohne Terror und für das Wohl unseres Standes besseres schafft.

Georgsvalde in Böhmen. Eine stattliche Versammlung hielten wir am 18. Dezember, in welcher Kollege Kraber den neuen Sozialtarif und die dadurch erzielten Vorteile, aber auch die Schwierigkeiten erörterte. Wenn die Sozialdemokraten hier und in anderen Industriorten eine bessere Wohnpolitik betrieben hätten, wären unsere gerechten Forderungen wohl völlig zu erreichen gewesen. Nun gehen die Genossen kreben, um durch Verdächtigungen unsere stärkste Organisation zu schwächen. Wahrscheinlich wollen sie dadurch den Unternehmern in die Hände arbeiten, die die Organisation ja nicht zu heiß lieben. Hätten unsere Kollegen nicht so wader gearbeitet, so würden wir diese jegliche bedeutende Verbesserung noch nicht erreicht haben. Kollege Kraber besprach noch die Arbeitslosenunterstützung und unser Unterstützungswesen mit seinen großen Vorteilen. Die Neuwahl brachte tüchtige Mitglieder in die Zeitung, die nun intensiver Arbeit zu leisten haben. Die Kollegen Kautz und Röttig regten zu tüchtiger Schulung

an, um unsere Ideen zu festigen und zu schärfen. Sie fanden Dank und Beifall. Nun raslos vorwärts!

Mähr.-Träbau. Frisches Leben ist wieder eingezogen in unsere Ortsgruppe, die während des Krieges aus verschiedenen Gründen örtlicher Natur keine Tätigkeits entfalten konnte, und daher der Auflösung sehr nahe war. Als infolge des staatlichen Umsturzes der Sitz des Verbandes nach dem benachbarten Zwittau verlegt wurde, da fanden wir endlich Halt und Stütze, um uns neuerdings emporzuarbeiten. Durch eine Reihe von Mitgliederversammlungen, wo jedesmal ein Vertreter der Zentrale über verschiedene Organisationsfragen und unterrichtete, und wo jedesmal einige Mitglieder gewonnen wurden, ist es gelungen, die Ortsgruppe wieder lebensfähig zu gestalten. Auf gegenseitiger Seite war man eifrig bemüht, durch Ausbreitung unwahrer Gerüchte gegen die christliche Organisation, wankelmütige Elemente zum Übertritt in die sozialdemokratische „Linton“ zu bewegen. Das ist nun durch das Eingreifen der Zwittauer vereitelt worden. An uns liegt es, durch unermüßliche, unverbroffene Werbe- und Aufklärungsarbeit die Organisation immer mehr und mehr zu stärken, sodas sich dieselbe auch hier jenen Einfluß erwirbt, den sie in Zwittau und anderen Orten bereits besitzt.

Bräunau. Eine Unanständigkeit in der Agitationsweise leisteten sich vor kurzem die Sozialdemokraten. In der Fabrik zirkulierte ein Schriftstück, in welchem die Erklärung abgegeben wurde, daß künftig nur die beiden sozialdemokratischen Organisationen (deutsch und tschechisch) für die Arbeiterschaft Geltung hätten, und eine dritte (gemeint die christliche) Organisation nicht gebildet würde. Dieser plumpen Machination fielen einige wenige, noch nicht genügend überzeugte Mitglieder unserer Gewerkschaft zum Opfer, die „voll Angst und Schrecken“ nichts engeres zu tun hatten, als überzutreten. Es wäre hoch an der Zeit, auch hier mit einer tüchtigen Versammlungstätigkeit einzusetzen, um die christlich gesinnte Arbeiterschaft zu schulen und zu wappnen im Verteidigungskampfe für unsere Ideen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Ahaus. Eine glänzend verlaufene öffentliche Versammlung fand hier selbst am Sonntag, den 21. Dezember, statt. Dieselbe wurde geleitet vom Kartellvorsitzenden, Kollegen Dieker, der die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen begrüßte und den Zweck der Versammlung bekanntgab. Dann erhielt Kollegin Kölsch nach dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in Köln das Wort, die in kurzen knappen Worten diejenigen Fragen beantwortete, die organisierte Arbeiterinnen zur Zeit am meisten bewegen. Die Rednerin erntete lebhaften Beifall. Nach einigen Dankworten des Vorsitzenden sprach unser Verbandsvorsitzender Kollege Otte aus Düsseldorf über das Thema: Die christlichen Gewerkschaften und die neue Zeit. Nach einem Rückblick auf die Revolution und ihre Wirkungen verbreitete sich der Redner recht eingehend und überzeugend über die überaus wichtigen Aufgaben, die der Arbeiterschaft durch die Revolution infolge der Gleichberechtigung zugewiesen sind. Ueber alle Fragen des öffentlichen politischen Lebens soll sie mitbestimmen.

Unsere Volkswirtschaft liegt zu Grunde. Wir sind ein armes Volk geworden. Dieses alles kommt daher, weil die moralischen Kräfte in unserm Volke keinen Aufschwung erleben. Jetzt wird von vielen die gute alte Zeit zurückverhnt. Die äußere Form aber macht es nicht. Jede Diktatur - von rechts oder von links - wird unsern Lebensweg nur verlängern. Die Revolution hat ethisch versagt. Aber trotzdem hat es keinen Zweck, sich endlosen Bestimmismus hinzugeben, sondern Hand ans Werk gelegt zu fruchtbringender Arbeit. Das deutsche Volk hat früher auch schon schwere Tage durchgemacht und dank seines Schaffensdranges ist es wieder emporgekommen. Aber nur Arbeit kann die Erlösung bringen, das sagt heute auch der „Vorwärts“, der früher den Arbeitern goldene Berge im Sozialistenstaate vorgegaukelt hat. Wir müssen uns nur hüten, immer mehr, wie die freien Gewerkschaften, in die Bahn des Radikalismus zu gelangen. Damit ist uns nicht gedient. Denn nur gemeinsames Arbeiten aller Fähigkeiten aller Klassen ist erprobliche Gemeinschaftsarbeit. Wir haben immer im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften die Gemeinschaftsarbeit erprobt und brauchen daher nichts umzulernen. Wir können daher auch die neuen Satzungen des freien Textilarbeiterverbandes nicht billigen, in deren § 1 gesagt wird, daß der Klassenkampf gewollt sei. Wir begrüßen die Einführung der Betriebsräte und eines Wirtschaftsparlaments, aber für eine systemlose Sozialisierung aller Betriebe sind wir nicht zu haben. In manchen Betrieben, so z. B. der Textilindustrie, ist ein tatkräftiges und durch Gewinnbeteiligung interessiertes Unternehmertum nicht zu entbehren, da ein angestellter Beamter die vielen Feinheiten des Betriebes nicht mit genügendem Interesse übersehen und wahrnehmen würde. Das hat z. B. auch für Sowjetrußland Lenin in einer Rede anerkannt. An der Verbesserung unserer Löhne und Gehälter müssen wir weiter arbeiten. Die Klagen über zu hohe Löhne der Arbeiter sind unberechtigt, da die Kosten der Lebenshaltung ins. Ungeheuerliche gestiegen sind. Verlangen müssen wir neben der Gleichberechtigung die Gleichachtung, und auch hierin müssen wir Arbeiter den anderen Ständen die Hand bieten zur Verständigung, indem wir gleiches um gleiches geben. So sind unsere wirtschaftlichen Anschauungen durchdränkt von einem Lat christentum, das wir am Urquell alles Christentums schöpfen. Die Materie allein wird nie und nimmermehr den Menschen allein beglücken können. Sehen wir daher, daß mit der Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse die sittliche Erneuerung Hand in Hand geht. Wenn wir so handeln, sind die christlichen Gewerkschaften das, was sie sein wollen, „das Salz der deutschen Arbeiterschaft“.

Dillenberg. Es geht vorwärts! Nachdem die Arbeiter der anderen Berufe sich schon seit längerer Zeit den christlichen Gewerkschaften angeschlossen hatten, konnten die hiesigen Strickerinnen nicht mehr zurückbleiben, besonders deshalb, weil auch in den letzten Wochen die Lohnfrage für diese tariflich geregelt war. Am 30. Dezember fand im Saale der Gastwirtschaft Hoppenberg eine von fast sämtlichen Strickerinnen besuchte Versammlung statt, in welcher Gewerkschaftssekretär Camus aus Münster über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften, besonders in heutiger Zeit, berichtete. Auch wurde über den abgeschlossenen Tarif für die Strickerinnen Aufklärung gegeben. Alle Strickerinnen traten unserm Verbands bei.

Dülmen. Ein Rückblick auf das Jahr 1919. Wie überall und allorts, so können auch wir nur über gute Fortschritte unserer Ortsgruppe im Jahre 1919 berichten. Unsere Mitgliederzahl stieg von 150 auf 775. Genug eine große und stattliche Zahl, aber immer noch nicht groß genug, wenn man bedenkt, daß es in Dülmen noch viele gibt, die noch auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen,

aber bei uns immer noch nicht Mitglied sind. Aber hoffentlich...

Eitorf (Sieg). Wie ein „frei“ organisierter Arbeiter...

M.-Gladbach-Eifen. Eine wohlgelungene Veranstaltung...

Greiz (Vogtland). Eine wohlgelungene Gewerkschaftsveranstaltung...

Wenn wir als christliche Gewerkschaftler Weihnachtsfeier...

Ein Druck der Hand und ein Blick in die Augen. Darin lag...

Es ist nur trübe unsere Weihnachtsfreude. Das noch einige...

Hochneulisch. Ein reger und gewerkschaftlicher Geist herrscht hier...

Ist nicht die Arbeit das Erbteil des Menschen? Und welche Arbeit...

Bei der Ergänzungswahl von Vertrauenspersonen wies unser...

Zu Punkt Tarifverträge für die in Frage kommenden hiesigen...

Zur Gründung einer sozialen Kommission wurde unser...

Kollege Eiser schloß die Versammlung mit den Worten: Es ist...

Reuentirchen b. Rheine. Die Bildung eines Ortskartells der christlichen...

Rottula i. B. Mitglieder, beachte die Verammlungen. Obgleich...

das Verbandsorgan öfter durchgelesen werde. Geste Kameradschaft...

Die Zustimmung zu den gemachten Ausführungen gab der...

Denabrück. Zum Abschluss unseres Tarifvertrages. Endlich konnten wir...

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam...

Besondere Bekannmachungen.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam...

Der Bericht über die Verhandlungen der außerordentlichen...

Die Geschäftsstelle. Infolge des Eisenbahnstreiks wurden auch nach...

Zustellung des Verbandsorgans.

Infolge des Eisenbahnstreiks wurden auch nach Zustellung...

Versammlungskalender.

- Darmen. 31. Januar, 6 Uhr, im Gesellenhaus, ordentliche...

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Arbeiten oder wir gehen zu Grunde! - Ein freies...

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Düsseldorf 68, Kontordiastr. 7.